Der Lokalbote

Aktuelles aus der Region

ODENKIRCHEN > LOKALES

29.06.2020 | Von: Werner Erkens

Bündnis kirchlicher und gewerkschaftlicher Organisationen machen auf Missstände bei sogenannten „Live ins“ aufmerksam

Im Gespräch (v. l.): Johannes Eschweiler (Vorsitzender Stiftung Volksverein), Hans-Werner Quasten (Vorsitzender des Fördervereins der Stiftung Volksverein Mönchengladbach e. V.) und Rosi Becker (Respekt – ein Projekt der Betriebsseelsorge, Heinsberg und der Katholischen Arbeitnehmerbewegung KAB) machen auf die prekären Arbeits- und Lebensbedingungen osteuropäischer Frauen und Männer in der häuslichen Betreuung und Pflege alter Menschen aufmerksam
Foto: Werner Erkens

Jetzt an Petition beteiligen

Johannes Eschweiler, Rosi Becker und Hans-Werner Quasten lenkten heute in den Räumen des Volksvereins den Blick auf ein schon lange ungelöstes Problem: **Die Bedingungen in der**

sogenannten 24-Stunden-Pflege.

Ein Bündnis kirchlicher und gewerkschaftlicher Organisationen hat eine Kampagne dazu gestartet. Zum Bündnis gehören: das Selbsthilfenetzwerk der Live-Ins „Respekt“, der DGB, der Volksverein Mönchengladbach, das Bündnis für Menschenwürde und Arbeit, die Betriebsseelsorge, die Steyler Missionsschwestern und weitere Partner aus Kirchen und Gewerkschaften

Häufig leben und arbeiten die „Live-ins“ unter prekären Bedingungen, unsicher, ungeregelt, unterbezahlt – weil die Gesetze dies bisher zulassen. Das Bündnis fordert daher die umfassende Legalisierung der Beschäftigung dieser Wanderarbeiter.

Die Kunden erwarten oft 24 Stunden Präsenz und Einsatz am Tag, ohne Pause, immer ansprechbar. Nach deutschem Recht ist das nicht möglich, aber: da die meisten Frauen in Pflege oder Betreuung illegal beschäftigt sind, gibt es kaum eine Möglichkeit der Änderung.

Auf einen kurzen Nenner gebracht: Die Pflegekräfte bewegen sich meist in einer Scheinselbständigkeit, verdienen für ihren Einsatz rund um die Uhr schlecht und sind meist fachlich überfordert. Zudem werden Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und MwSt. hinterzogen.

Für die vermittelnden Agenturen ein Millionengeschäft – während die Angehörigen der zu pflegenden Menschen ausgenutzt werden.

Johannes Eschweiler im Gespräch: „Es ist eine Frage des Menschenbildes: Haben die osteuropäischen Pflegekräfte weniger Rechte als deutsche Arbeitnehmer?“ Eschweiler geht es u. a. um ordentliche Arbeitsverhältnisse. Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es konkrete Forderungen:

- Sozialversicherungspflichtige und tariflich entlohnte Beschäftigungsverhältnisse für Live-ins nach deutschem Recht.

- Arbeitsverträge, inklusive Arbeitsplatzbeschreibung, in deutscher Sprache und gleichlautend in der Muttersprache des Herkunftslandes der Arbeitnehmer/innen.

- Klare Regelungen zu Arbeitszeit, Urlaub und Freizeit: 38,5 Wochenarbeitsstunden, bei einer 6-Tage-Woche und bezahlten Urlaub von 3 Tagen je Monat

- Ermöglichung legaler Beschäftigungsverhältnisse durch Vermittlung über die Wohlfahrtsverbände, z. B. über Carifair bei den Caritasverbänden oder FairCare bei der Diakonie

- Förderung der Betreuungs-, Beratungs- und Selbsthilfestrukturen für die Live-ins; Sprachkurse in deutscher Sprache; Entwicklung eines Startersets zu Kultur, Sprache und Gegebenheiten in Deutschland

- Bereitstellung eines eigenen, abschließbaren Zimmers mit kostenlosem Telefon und

Internetanschluss

- Vorhaltung von Schutzmaßnahmen wie Schutzkleidung, Handschuhe, Desinfektionsmittel, Mundschutz

- Schaffung von Rahmenbedingungen zur Legalisierung durch den Gesetzgeber

- Überprüfung und Sanktionierung von Scheinselbstständigkeit und Schwarzarbeit. Dazu sollte die zuständige Behörde Finanzkontrolle Schwarzarbeit ausgebaut werden, um die Überprüfung gewährleisten zu können.

Langfristiges Ziel: Die Regelung der häuslichen Pflege durch den Staat. Nur so wäre garantiert, dass es ordentliche Arbeitsverhältnisse gibt.

Das Bündnis ruft alle Leser dazu auf sich für die Menschenwürde zu engagieren und eine Petition zu unterzeichnen. Die Petition „Beschäftigungsverhältnisse in der häuslichen Betreuung jetzt legalisieren!“ findet sich auf der Petitionsplattform „we act!“ von Campact:

https.//weact.campact.de/p/liveinslegalisieren

<<< zurück zur Startseite

WEITERE MELDUNGEN AUS DER REGION